

Wolfgang Schäuble:

Den schwierigen Weg gemeinsam gehen

Liebe Parteifreunde,

Sie alle kennen inzwischen den Beschluss des Bundesvorstandes der CDU vom 18. Januar 2000, der in diesem UiD nochmals abgedruckt ist, und Sie kennen die Erklärung von Helmut Kohl, den Ehrenvorsitz unserer Partei niederzulegen. Das ist ein dramatischer Schritt, der uns weit mehr erschüttert und schmerzt, als es die Kommentare in Medien und Öffentlichkeit ahnen lassen.

Wahrheit und Klarheit

Niemand im Bundesvorstand der CDU hat sich unseren Beschluss leicht gemacht und niemand war sich im Unklaren über seine Tragweite. Wir haben gehandelt nach der Einsicht, die unser Handeln seit den ersten Meldungen zu Finanztransaktionen in der CDU bestimmt und die Roman Herzog in diesen Tagen so formuliert hat: „Es gibt dazu nur einen Weg: Klarheit und Wahrheit“.

Sie alle haben an den Reaktionen der Parteimitglieder und unserer Mitbürger hautnah erlebt, wie massiv schwerwiegende Fehler der Vergangenheit, aber mehr noch Versuche, sie zu verbergen, das Vertrauen der Menschen und die politische Zukunft unserer Partei bedrohen. Nichts würde ich deshalb heute lieber tun, als Ihnen zusichern: Das war es. Alle Vorgänge sind uns bekannt, alle Fragen beantwortet. Aber das kann

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Finanzen

Dietrich Austermann: Von sinnvoller Sparpolitik kann keine Rede sein. Gegenüberstellung von 1998 und 1999. Seite 4-5

● Bildung

Annette Schavan: Aufbruch in die lernende Gesellschaft. Seite 8

● Ausbildungsförderung

Regierungskoalition knickt bei der angekündigten BAföG-Reform ein. Seite 10/11

● Bundeswehr

Paul Breuer: Offensive für die Weiterentwicklung der allgemeinen Wehrpflicht. Seite 12

Rita Süsmuth: Öffnung der Bundeswehr – längst überfällig. Seite 13

● Landwirtschaft

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr: Vernichtende Bilanz rot-grüner Agrarpolitik. Seite 16

● UiD Extra

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Innenteil

Der Beschluss des Bundesvorstands im Wortlaut:

Durch die Aufdeckung der ungeheuerlichen Vorgänge in Hessen ist für die CDU eine neue Lage entstanden: Die CDU steht in einer ihrer schwersten Krisen in ihrer Geschichte. Der Bundesvorstand weiß um die Bedeutung der Union für unser Land und Europa.

Er ist entschlossen, alles zu unternehmen, um diese Krise zu überwinden und der Partei den Weg zu ihrer Erneuerung und Rückbesinnung auf ihre Grundlagen und Prinzipien zu weisen. Er weiß sich dabei der Bereitschaft der Mitglieder der Partei sicher, den schwierigen Weg gemeinsam zu gehen.

Der Bundesvorstand hat folgendes beschlossen:

1. Die CDU Deutschlands entschuldigt sich, wie die Hessische CDU, bei unseren jüdischen Mitbürgern für die Entgleisung im Zusammenhang mit der Auslandskontenpraxis.

2. Er spricht dem Präsidium der CDU unter der Führung von Wolfgang Schäuble sein volles Vertrauen aus.

3. Er erteilt dem Präsidium den Auftrag, den kommenden Parteitag unter Berücksichtigung der Konsequenzen vorzubereiten, die sich aus den Erfahrungen und Erkenntnissen der vergangenen Wochen ergeben. Dies schließt strukturelle Veränderungen ein, die geeignet sind, Fehlentwicklungen der offenbar gewordenen Art in Zukunft zu verhindern und personale Verantwortung der Gremien zu verdeutlichen.

4. Er ist der Überzeugung, dass Helmut Kohl seine Pflichten als Ehrenvorsitzender verletzt, wenn er sich weiterhin weigert, seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise und zur Aufklärung der Verfehlungen zu leisten. Solange er diesen Beitrag nicht leistet, sollte er sein Amt als Ehrenvorsitzender ruhen lassen.

Fortsetzung von Seite 1

ich nicht. Meine Kenntnis über die Vorgänge habe ich offen gelegt - allerdings der Öffentlichkeit zu spät. Damit habe ich Ihnen und mir selbst die Arbeit nicht leichter gemacht. Jedem einzelnen, der unsere gemeinsame politische Überzeugung vertritt, sage ich: Das tut mir leid.

Die Nachrichten der letzten Wochen und damit verbundene Konsequenzen haben ein Beben in unseren Reihen ausgelöst und eine Zerreißprobe verursacht - nicht zwischen Lagern, in die andere uns spalten wollen, sondern in jedem von uns.

Die Gefahren für die CDU sind noch längst nicht gebannt. Und doch sind wir einen wichtigen Schritt vorangekommen.

Die Parteiführung hat in einer Situation äußerster Anspannung Entschlossenheit und Geschlossenheit unter Beweis gestellt. Der Kurs ist klar: Die Rückgewinnung unserer politischen Stärke ist das Ziel, die Erneuerung ist der Weg, und menschenmögliche Klarheit ist die Voraussetzung.

In den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand am 23. und 24. Januar wird der Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfer über die letzten sechs Jahre vorliegen. Er wird Klarheit schaffen, soweit das mit vorhandenen Unterlagen und erteilten Aussagen möglich ist. Die dafür zuständigen Stellen werden dann über die finanziellen Folgen für die Partei entscheiden. Gleichzeitig wird auf meine Bitte hin

Die Entscheidung fällt mir nicht leicht

Erklärung von Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl:

Nach dem Ergebnis der heutigen Bundesvorstandssitzung habe ich mich entschlossen, den mir von den Delegierten des CDU-Bundesparteitages im November 1998 in Bonn übertragenen Ehrenvorsitz der CDU Deutschlands niederzulegen.

Ich sehe mich außerstande, mein Versprechen, das ich einigen Persönlichkeiten, die meine Arbeit in der CDU fi-

nanziell unterstützt haben, zu brechen.

Die Entscheidung, den Ehrenvorsitz niederzulegen, fällt mir nicht leicht.

Ich gehöre der Christlich Demokratischen Union seit 50 Jahren an. Sie ist und bleibt meine politische Heimat.

Ich habe ihr über vier Jahrzehnte hinweg in wichtigen Ämtern gedient. Dabei habe ich auch Fehler gemacht, zu denen ich mich öffentlich bekannt habe. Ich habe immer versucht, meine Pflicht zu tun.

eine Gruppe von drei erfahrenen Persönlichkeiten – Prof. Roman Herzog, Prof. Hans Tietmeyer und Prof. Paul Kirchhof – ihre Arbeit aufnehmen und uns Empfehlungen für Schlussfolgerungen geben. Präsidium und Bundesvorstand werden darüber beraten und dem Bundesparteitag im April entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Der Prozess, dem sich die CDU damit stellt, ist beispieldlos in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein steiniger Weg, aber es liegt darin auch eine große Chance, nämlich Kopf, Hand und Herz wieder frei zu haben für die Gestaltung unseres Landes. Dort wird die CDU gebraucht, in Zukunft nicht minder als in der Vergangenheit. Und eine Vorhersage wage ich: Unsere politischen Gegner, die zurzeit versuchen, mit peinlicher Selbstgerechtigkeit ihre eigenen Probleme unter den Teppich zu kehren, werden gehörig unter Druck geraten.

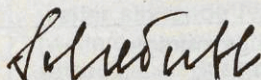
Die CDU schultert eine Erneuerung, an der andere sich werden messen lassen müssen. Denn das Land wird nur wieder in Ordnung kommen, wenn jeder vor seiner Tür kehrt.

Ich weiß, dass Sie vieles zu ertragen haben. Mir und den Mitgliedern der Parteiführung geht es nicht anders. Vieles hängt

Frage: *Ist es Ihnen heute schwer gefallen, für ein Ruhenlassen Helmut Kohls Ehrenvorsitzes zu stimmen?*

Bernhard Vogel: *Ja, es ist mir sehr schwer gefallen. Und die Erklärung von Helmut Kohl, die vorhin vorgetragen wurde, klärt und schmerzt zugleich, das will ich ausdrücklich sagen. Sie klärt das Verhältnis innerhalb der CDU; das ist für die CDU wohl positiv. Aber sie schmerzt, denn bei allen Fehlern, die in dieser Sache gemacht worden sind – auch von Kohl – er bleibt eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Politik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. ZDF, 18. Januar*

jetzt davon ab, was wir uns selbst zutrauen. Wenn wir den schwierigen Weg, den inneren Zusammenhalt unserer CDU auf der Grundlage von Wahrheit und Klarheit neu zu festigen, gemeinsam gehen, ist mir um die Zukunft nicht bange.



Wolfgang Schäuble

Von sinnvoller Sparpolitik kann keine Rede sein

Dietrich Austermann, Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Das Jahr 1999 war unter der rot-grünen Bundesregierung ein Jahr expansiver Haushaltspolitik und zunehmender Belastungen für die Bürger. Eine Fortsetzung dieses Trends für die nächsten Jahre ist zu befürchten. Auch für dieses Jahr kann von einer sinnvollen Sparpolitik keine Rede sein.

1998 nach 16 Jahren christlich-liberaler Regierung	1999 nach einem Jahr rot-grüner Regierung
Wirtschaftswachstum	
2,8%	1,4%
Steuerquote	
22%	23% (nach jüngst geplanter Steuerreform 2003: 22,5%)
Abgabenquote	
40,1%	41%
Staatsquote	
48%	49%
Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts	
56 Mrd DM	64 Mrd DM (2000: 74 Mrd DM)
Schulden des Bundes	
954,4 Mrd (zuzügl. Sonderlasten)	1.386 Mrd DM (2000: 1.433 Mrd. DM)
Arbeitsmarkt	
aktive Arbeitsmarktpolitik: 35,5 Mrd DM	41,7 Mrd DM
Arbeitslose im Dezember: 4.197.313	4.099.200 (demographisch müßte der Rückgang 200.000 betragen)
neue Ausbildungsverträge (Handwerk): 212.382	210.550

Erwerbstätige Oktober: 36,64 Mio	36,57 Mio (saisonbereinigtes Absinken, März-September 1999: ./ 100.000)
Benzinpreise	
1,65 DM/Liter Super	1,94 DM/Liter Super (ab 2.000: 2,- DM +....) Die rot-grünen Öko-Zocker kassieren nach beschlossenen Plänen im Jahr 2003 jährlich 35 Mrd an Ökosteuer. Nur ein Drittel davon soll als Rentenzuschuß eingesetzt werden.
Energiepolitik	
Ausgaben für neue Energien: 244 Mio	bisherige Programme werden fortgeschrieben
Energiewirtschaftsgesetz tritt in Kraft,	Konsensgespräche ohne Ergebnis
Strompreise sinken	
Gesundheitswesen	
stabile Beiträge	Rationierung medizinischer Leistungen
Kindergeld	
220,- (1996 Erhöhung von 50,- auf 200,-, 1997 auf 220,-)	250,- (2000 Erhöhung auf 270,-).
Forschungsausgaben des Bundes	
15,009 Mrd	14,930 Mrd (2000: 14.592 Mrd)
Landwirtschaftliche Betriebe	
Bundeszuschuß landw. Unfallvers.: 615 Mio	550 Mio (weiterer Abbau beschlossen)
Regionale Wirtschaftsstruktur	
Gemeinschaftsaufgabe: West: 236 Mio Ost: 2.751 Mio	2000: West: 242 Mio Ost: 2.291 Mio
Infrastruktur	
Straßenbau: 10,0 Mrd	9,9 Mrd (2000: 9,7 Mrd)
Verteidigungsausgaben	
Verteidigungsetat: 46,9 Mrd	47,0 Mrd (2000: 45,3 Mrd, weiter sinkende Tendenz) (weitere Ausgaben sind für 'Zusatzaufgaben Kosovo' vorgesehen)

Enttäuschende Haushaltsbilanz 1999 bestätigt Unions-Kritik

Zu dem von Bundesfinanzminister bekannt gegebenen Haushaltsabschluss 1999 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Der Stolz des Finanzministers auf 2,4 Mrd DM weniger Nettokreditaufnahme und rd. 2,9 Mrd DM weniger Gesamtausgaben ist nicht nachvollziehbar. Wer in einem Jahr, in dem die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland nur mit etwa 1,4 % wächst, rd. 6 % höhere Bundesausgaben zu vermelden hat, hat wahrlich keinen Grund, von einem „erfolgreichen Jahresabschluss“ zu reden.

Die Union hat von Anfang an die Explosion der konsumtiven Ausgaben im rot-grünen Haushalt 1999 kritisiert. Der Haushaltsabschluss belegt den absoluten Tiefstand der Investitionen mit nur noch knapp 11,7 % der Gesamtausgaben. Es ist wirklich kein Wunder, dass die Bundesrepublik Deutschland beim Vergleich der Wachstumsraten der Industrienationen auf dem vorletzten Platz landet.

Mit über 20 Mrd DM übersteigen die Privatisierungseinnahmen das Ist-Ergebnis des letzten Regierungsjahres der unionsgeführten Koalition (1998). Rot-Grün setzt die Privatisierungspolitik der früheren Bundesregierung nicht nur bruchlos fort, sondern steigert sie noch. Die in den vergangenen Jahren vielfach erhobenen Vorwürfe rot-grüner Politiker, Waigel würde das „Tafelsilber der Bundesrepublik Deutschland verscherbeln“, erweisen sich damit als platte und gezielte Propagandalüge.

Zu Waigels Zeiten dienten die Privatisierungseinnahmen dazu, die harten Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen vor allem im Sozialbereich abzufedern, die sich

auf Grund des demographischen und gesellschaftlichen Wandels in Deutschland, aber auch auf Grund der Globalisierung als notwendig erwiesen. Rot-Grün hat damals nicht nur die Privatisierungen als „Verscherbeln des Tafelsilbers“, sondern auch die Reform- und Konsolidierungspolitik bösartig als soziale Demontage diffamiert und im Bundesrat total blockiert.

Mit 11,7 Prozent der Gesamtausgaben haben die Investitionen im Haushalt 1999 der rot-grünen Bundesregierung den absoluten Tiefpunkt erreicht.

Im rot-grünen Haushalt 1999 wurden die Reformen im Sozialbereich nicht weiter fortgesetzt; vielmehr wurden die konsumtiven Ausgaben insbesondere im Bereich der Alterssicherung um fast 30 Mrd DM unverantwortlich ausgeweitet; gleichzeitig wurden die Steuern – besonders die Verbrauchssteuern für Jedermann (z. B. Ökosteuer) – kräftig erhöht.

Wenn aber Privatisierungseinnahmen nicht mehr der zeitlich begrenzten Abfederung von Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen dienen, sondern vielmehr der Finanzierung einer Ausweitung der sozial motivierten Konsumausgaben des Staates, dann ist das Haushalts-Desaster für den Zeitpunkt absehbar, in dem ein „Verscherbeln von Tafelsilber“ (Jetzt stimmt der Begriff!) mangels Masse nicht mehr möglich ist. Wohlweislich hat die rot-grüne Bundesregierung hierfür die weiteren Stufen der Ökosteuer beschlossen. ■

Nachbesserungschaos bei Ökosteuern

Zu der geplanten Einführung von steuerbegünstigtem Diesel für die Landwirtschaft, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Und wieder muss nachgebessert werden! Im dritten Jahr ihrer Regierung nimmt die Bundesregierung nach zahlreichen Hinweisen von Fachleuten und einigen Gutachten die Erkenntnis an, dass die Ökosteuern auch die Landwirtschaft zu hoch belastet. Anstatt das misslungene Gesetzeswerk zurückzunehmen, wird wieder einmal Trotz vor Vernunft gestellt und eine weitere Nachbesserungsregelung in Form eines bürokratischen Ausnahmetatbestandes geschaffen. Diesmal soll der Diesel für die landwirtschaftliche Nutzung steuerlich begünstigt werden. Entlastungen bei der Landwirtschaft sind notwendig und, so sie real eintreten, erfreulich – hier wie in anderen Bereichen der lohnintensiven mittelständischen Wirtschaft.

Späte Erkenntnis

Landwirtschaftsminister Funke begründet die Ausnahmeregelung mit der besonderen Wirtschaftsstruktur in der Landwirtschaft, wo meist Familienmitglieder arbeiten und eine Entlastung auf der Lohnzusatzkosten-

seite nicht stattfinden kann. Diese späte Erkenntnis ist richtig aber unvollständig. Auch bei dem Selbständigen, dem mittelständischen Familienbetrieb, dem Studenten, dem Rentner, dem Arbeitslosen oder dem Sozialhilfeempfänger schlägt eine hohe zusätzliche Belastung durch die Energiesteuer zu Buche, ohne dass eine Entlastung auf der Seite der Lohnzusatzkosten geltend gemacht werden kann.

Ordnungspolitischer Unsinn

Diese Beispiele sind ein Beleg für den ordnungspolitischen Unsinn, den die Bundesregierung mit ihrer Ökosteuern, dem verwirrenden System von Regel, Ausnahme und Ausnahme von der Ausnahme im deutschen Steuersystem anrichtet. Sie zeigen aber auch, dass noch weitere Gruppen aus Gründen der Gleichbehandlung Anspruch auf Nachbesserung und Ausnahmeerleichterung anmelden könnten.

Da das System der sogenannten „Ökosteuern“ aber bereits so kompliziert geworden ist, dass Ihre Erfinder es nicht mehr durchschauen und Erkenntnis und Korrektur von Fehlern nur zufällig und unzureichend erfolgen, empfiehlt sich als beste Alternative: Abschaffen.

KAS-Literaturpreis an Louis Begley

Den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2000 erhält der Schriftsteller **Louis Begley**. Der Preis, der mit 25.000 Mark dotiert ist, wird am 14. Mai 2000 in Gegenwart des Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel in Weimar verliehen. Louis Begley wurde 1933 als Sohn eines jüdischen Arztes in Polen ge-

boren und entging mit seiner Mutter, beide als katholische Polen getarnt, dem Holocaust. Begley lebt seit 1947 in den USA. Mit seiner Biographie und seinem Werk verleihe Louis Begley, so begründete die unabhängige Jury ihre Entscheidung, der letzten Generation der überlebenden Juden in Europa eine Stimme.

Annette Schavan:

Aufbruch in die lernende Gesellschaft

Nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bildung ist ein Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche Entwicklung. Bildung begründet Wohlstand.

Kulturelle Teilhabe und eine berufliche Perspektive für alle durch Bildung zu ermöglichen, ist eine reale gesellschaftspolitische Aufgabe. Deshalb formuliert die CDU Deutschlands ein bildungspolitisches Reformkonzept, dass die Herausforderungen des sozialen und wirtschaftlichen Wandels aufnimmt und das auf dem 13. Bundesparteitag in Essen beraten und verabschiedet werden soll.

Dafür setzen wir uns ein:

1. Für eine qualitätsbewusste Weiterentwicklung unserer Schulen als kommunale Lernzentren, in denen Kinder und Jugendliche mit ihren verschiedenen Begabungen und Interessen ernstgenommen werden. Schulqualität braucht ein lernförderndes und leistungsfreundliches Klima auch außerhalb der Schule. Sie braucht vergleichbare Schulabschlüsse, die international anerkannt sind, verbindliche Prozesse der Evaluation im Blick auf Inhalte und Ziele schulischen Lernens.

2. Für ein erziehungsbewusstes gesellschaftliches Klima. Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Persönlichkeitsbildung und Werteerziehung gehören in die Schule, weil Kopf, Herz und Hand zusammengehören.

Qualifikation und Wissen, Menschlichkeit, Urteilskraft, Verantwortungs- und Handlungsfähigkeit gehören zusammen.

3. Für eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung, die den konkreten Anforderungen heutiger Schulwirklichkeit gerecht wird. Dazu gehört ein höherer Stellenwert der Lehrerbildung an den Hochschulen, die Etablierung von mehr Schulforschung und Systemen schulischer Evaluation und eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis in der Lehrerbildung.

4. Für die Zukunftsfähigkeit der dualen Ausbildung in der beruflichen Bildung, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nachhaltig steigert. Dazu sind Differenzierungsmöglichkeiten je nach Leistungsstärke der Auszubildenden und flexible Ausbildungszeiten je nach Vorbildung und Leistung der Auszubildenden notwendig. Erstausbildungen sollen grundsätzlich in einen Pflicht-, einem Wahlpflicht- und Wahlbereich gegliedert werden.

5. Für eine Weiterqualifizierung benachteiligter Jugendliche, die ihnen dauerhafte berufliche Perspektiven ermöglicht. Diese Jugendlichen brauchen Wege über die betriebliche Praxis, die sie motivieren zu weiterem Lernen und eine gezielte Begleitung und Beratung über eine Jugendberufshilfe.

6. Für einen Ausbau der Weiterbildung durch die Gründung von Lernagenturen in öffentlicher und privater Verantwortung,

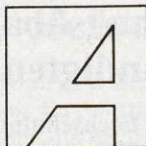
die als Zentren für Weiterbildungsberatung und die Vermittlung von Materialien, Kursen, Hilfen und Partnern für das lebenslange Lernen wirken und so auch Prozesse des selbstgesteuerten Lernens fördern.

7. Für die Gründung einer unabhängigen „Stiftung Bildungstest“ für Transparenz, Qualität und Verbraucherschutz der Weiterbildung.

8. Für die konsequente Integration multimedialer Medien in das Bildungswesen. Der Schlüssel dazu liegt nicht allein in der technischen Ausstattung, sondern in umfassenden Anstrengungen zu ihrer pädagogischen Integration in Bildungsprozesse. Dazu gehört die Entwicklung schultauglicher Software ebenso wie kostengünstige und wartungsfreundliche Netzwerklösungen für die Ausstattung von möglichst vielen Klassenzimmern. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung unserer Hochschulen zu Innovationszentren einer menschlich gestalteten innovativen Mediengesellschaft.

9. Für eine Weiterentwicklung unserer Hochschulen als Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektiven. Dazu gehört auch eine Reform von Dienstrecht und Besoldungsstrukturen, damit besondere Leistungen sich lohnen und die besten in Lehre, Forschung und Entwicklung sich für die deutschen Hochschulen engagieren. Die Leitung einer Hochschule muss mehr unternehmerische Gestaltungsfreiheit bekommen. Hochschulen sollen ihre Gremienstrukturen zugunsten von mehr Selbstverantwortung und Effizienz reformieren.

10. Für eine bessere und kontinuierliche Zusammenarbeit aller Einrichtungen des Bildungswesen, um neue Bildungswege im Blick auf lebenslanges Lernen zu fördern und eine bessere Verzahnung von Wegen der Erst- und Weiterbildung zu bewirken.



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

Jugend, Gewalt und Schule

So lautet das Thema einer Podiumsdiskussion in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Berlin, die am 9. Februar stattfindet. Tagungsort ist die Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin. Uhrzeit: 18-20 Uhr.

Für die CDU Deutschlands ist das Grundprinzip nachhaltiger Politik die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Die Generation, die jetzt in Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft steht, soll so handeln, dass den nachfolgenden Generationen mindestens dieselben Handlungsspielräume zur Verfügung stehen. Auch für dieses Grundprinzip sind Bildung und Erziehung zentral bedeutsam.

Das Richtige richtig lernen

Wir schulden es den nachfolgenden Generationen, dass sie das Richtige richtig lernen und auf die Herausforderungen und Möglichkeiten der Wissensgesellschaft optimal vorbereitet sind. Wir müssen Sorge tragen für nachhaltiges Lernen, wozu auch das Orientierungswissen im Blick auf ethische Grundlagen und die Herausbildung von Urteilskraft und Verantwortungsbereitschaft gehören. Bildungspolitik gehört in den Zusammenhang einer nachhaltigen Politik. Bildungsaufgaben sind deshalb Investitionsaufgaben. Das Ergebnis der Bildungsreformen in Deutschland muss ein international anerkanntes und wettbewerbsfähiges Bildungswesen sein. ■

Regierungskoalition knickt bei der angekündigten BAföG-Reform ein

Zur Ankündigung des hochschulpolitischen Sprechers von Bündnis 90/Die Grünen, Matthias Berninger, beim Scheitern der BAföG-Reform die Ausbildungsförderung auf eine Bildungsbank zu übertragen, erklärte die BAföG-Berichterstatte-rin der CDU/CSU-Fraktion, Angelika Volquartz:

Mit der Ankündigung des hochschulpolitischen Sprechers von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Matthias Berninger, eine neuartige Bildungsbank nach britischem und niederländischem Vorbild zu schaffen, wenn Bildungsministerin Bulmahn mit der geplanten BAföG-Reform beim Bundeskanzler scheitert, stellt der Bündnisgrüne Berninger der eigenen Bundesregierung ein Armutzeugnis aus. Der Vorschlag von Herrn

Berninger zeigt sehr deutlich, dass aus den wiederholten Ankündigungen von Frau Bulmahn, einen Vorschlag für eine BAföG-Reform zu machen, tatsächlich nichts wird und diese sofort wieder im Sande verlaufen werden. Offenkundig glauben selbst Teile der Regierungsfractionen nicht mehr an die Realisierung der längst überfälligen Reform; und die Leidtragenden sind wieder einmal die taxifahrenden Studenten!

Es scheint auch in absehbarer Zeit kein anderes konsensfähiges Konzept zu geben. Deshalb sollte die Regierung in einer großen Koalition der Vernunft endlich den Eckpunkten des von der CDU/CSU-Fraktion eingebrachten Reform-Modells zustimmen und einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen.

SPD in NRW ist ablösungsreif

Zur Landesdelegiertenkonferenz der SPD in Essen erklärte der Generalsekretär der NRW-CDU, Herbert Reul:

Die SPD betreibt eine Politik der Doppelmoral. Wenn Clement vorbehaltlose Aufklärung in Richtung CDU fordert, dann ist das pure Heuchlerei und blankes Pharisäertum. Bevor Clement anderen Ratschläge gibt, sollte er vor seiner eigenen Tür kehren. Flugaffäre, Investment-Club, Ermittlung der Staatsanwaltschaft gegen Schleusser, das sind die SPD-Affären im Land. Hier sollte Clement aufklären, statt

weiter zu mauern. Wer wie Clement mit einem Finger auf die CDU zeigt, der muss wissen, dass drei Finger auf ihn zeigen.

Die SPD hat mit ihrer Landesdelegiertenkonferenz den letzten Beweis geliefert, dass 34 Jahre SPD in Nordrhein-Westfalen genug sind. Clement und die SPD bleiben weiter ihrer alten Politik verhaftet. Diese Politik hat das Land im nationalen und internationalen Wettbewerb weit zurückgeworfen. Clement kann das Land nicht an neue Ufer führen. Die SPD hat abgewirtschaftet und ist ablösungsreif.

SPD verschiebt BAföG-Reform auf 2002

Anlässlich des in der SPD gescheiterten BAföG-Reformmodells von Bildungsministerin Bulmahn und der Stellungnahme des Bremer Bildungsensors Willi Lemke (SPD) erklärte der Bildungsexperte der MIT, Thomas Rachel:

Es ist ein Skandal, dass die SPD eine BAföG-Reform offensichtlich erst im Jahr 2002 verwirklichen will. Das ist Wortbruch. So hat Bremens Bildungs- und Wissenschaftssenator Willi Lemke (SPD) im Deutschlandradio laut einer dpa-Meldung erklärt, dass die BAföG-Debatte innerhalb eines Jahres abgeschlossen sei, deren Resultat „dann in zwei Jahren durchgesetzt werden kann und zum Tragen kommt“. Das heißt, dass die Studenten bis 2002 auf die notwendige Verbesserung des BAföGs warten müssen. Im Bundestagswahlkampf hatte die SPD eine zü-

gige BAföG-Strukturreform versprochen. Im rot-grünen Koalitionsvertrag hatten die beiden Regierungsparteien die Vorlage eines in Bundestag und Bundesrat zustimmungsfähigen Konzeptes bis Ende 1999 zugesagt. Beide Versprechen wurden zum Nachteil der Studierenden gebrochen. Damit hat die SPD ihre Glaubwürdigkeit in der Bildungspolitik verloren. Nach dem BAföG-Rückzieher wird auch das ideenlose neue SPD-Bildungspapier „Bildung entscheidet über unsere Zukunft“ den Glaubwürdigkeitsverlust der SPD nicht kippen.

Das nun im SPD-Fraktionsvorstand erfolgte Veto von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen das BAföG-Reformmodell von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn bedeutet den „Super-GAU“ für die Ministerin. Bulmahn ist damit politisch gescheitert.

Dagmar Schipanski „Frau Europas 2000“

Die Thüringer Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski ist am 14. Januar in Berlin mit dem Preis „Frauen Europas 2000“ ausgezeichnet worden.

Mit dem undotierten Preis werde das „herausragende Engagement“ der Wissenschaftlerin für die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa gewürdigt, teilte die „Europäische Bewegung Deutschland“ mit. Schipanski sagte im Anschluss an die Preisvergabe, die Integration der osteuropäischen Länder in das gemeinsame Europa liege ihr

besonders am Herzen. Aufgabe der kommenden Jahre sei es, vergleichbare Hochschulabschlüsse in der EU und den osteuropäischen Ländern zu schaffen. Im Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ hob Frau Schipanski die Bedeutung der Frauenförderung an den Hochschulen hervor.

So sei es ein „inakzeptabler Zustand“, dass in Deutschland nur vier Prozent der C-4-Professoren Frauen sind. „Das ist ein Prozentsatz, der genauso gering ist wie in den 20er Jahren, als das Frauenstudium angefangen hat,“ bemängelte sie.

Offensive für die Weiterentwicklung der Allgemeinen Wehrpflicht

Zum Argument, das Urteil des EuGH für die Öffnung der Bundeswehr für Frauen führe zur Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Meinungen, mit dem Urteil des EuGH zur Öffnung der Bundeswehr für den freiwilligen Dienst von Frauen sei das Ende der Allgemeinen Wehrpflicht eingeläutet, sind völlig abwegig.

Im Gegenteil: Eine Offensive für die von der CDU/CSU seit langem geforderte Weiterentwicklung der Allgemeinen Wehrpflicht muss jetzt mit voller Kraft gestartet werden. Die Allgemeine Wehrpflicht ist und bleibt ein Zukunftsmodell.

Die Allgemeine Wehrpflicht ist vor allem sicherheitspolitisch begründet. Ohne sie wäre Deutschland nicht in der Lage, seine eigenen Sicherheitsinteressen angemessen und seinen internationalen Verpflichtungen in der NATO und EU für den Erhalt von Frieden und Freiheit in und für Europa nachzukommen. Sie sichert die notwendige rasche Aufwuchsfähigkeit für Krisenfälle sowie den personellen Ergänzungsbedarf der Bundeswehr in finanzpolitisch vertretbarem Umfang. Damit schafft die Allgemeine Wehrpflicht Vertrauen nach Innen und Außen in die Berechenbarkeit der Bündnisfähigkeit Deutschlands.

Die Wehrform Allgemeine Wehrpflicht ist eingebettet in ein Mischsystem. Heute sind etwa 2/3 der Soldaten der Bundeswehr Zeit- und Berufssoldaten, 1/3 sind Wehrpflichtige. Während die Bundeswehr ihre Freiwilligen zu mehr als der Hälfte aus Wehrpflichtigen rekrutiert, müssen in den USA durchschnittlich etwa 30.000 DM für die Gewinnung eines Freiwilligen aufgewandt werden.

Der Spielraum für eine personelle Reduzierung der Bundeswehr ist äußerst gering. Man kann nicht immer mehr Aufgaben auf immer weniger Schultern verteilen. Die deutschen Soldaten würden sich vor allem durch zu lange und zu häufige Auslandseinsätze aus ihren sozialen Bindungen in der Heimat auskoppeln. Damit würden auch die Familien der Soldaten in unverantwortlichem Maße belastet. Schon heute ist durch die sechsmonatige Einsatzdauer bei Auslandseinsätzen die Grenze der Belastbarkeit mehr als erreicht. Die Gewinnung von Freiwilligen, insbesondere in Spezialverwendungen, wird aus Attraktivitätsgründen immer schwieriger.

Faustpfand unserer Sicherheit

Auch gesellschaftspolitisch ist die Allgemeine Wehrpflicht ein Faustpfand für die Sicherheit Deutschlands und das Sicherheitsgefühl unserer Bevölkerung. Sie ist tief in unserer Gesellschaft verankert. Mehr als 70% der Bevölkerung sind für ihre Beibehaltung. So wird die Identifikation der Bürger mit den Streitkräften und das sicherheitspolitische Bewusstsein gestärkt. Der Bevölkerung ist klar, dass unsere Bundeswehr einen unverzichtbaren Beitrag für die äußere Sicherheit leistet, indem sie unser Land gegen Bedrohungen und Risiken von außen schützt. Nichts ist besser als der Gedanke vom Staatsbürger in Uniform als Verteidiger unseres Landes.

Deshalb müssen wir durch die flexible Ausgestaltung den Wehrdienst weiter attraktiv gestalten. Das noch von der alten Bundesregierung eingeführte Modell des „freiwillig längerdienenden Grundwehrdienstleistenden (FWDL)“ muss weiter-

Öffnung der Bundeswehr – längst überfällig!

Zum Urteil des EuGH zu Frauen in der Bundeswehr erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU Rita Süßmuth:

Die Frauen-Union der CDU begrüßt das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Erweiterung der Aufgabengebiete von Frauen in der Bundeswehr. Hier werden für Frauen neue Chancen in Ausbildung und Beruf geschaffen. Im Sinne von Chancengleichheit und Gleichberechtigung ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Die Frauen-Union begrüßt vor allem, dass der Verteidigungsminister die Umsetzung des Urteils noch in diesem Jahr vornehmen will.

Es ist bedauerlich, dass erst auf richterlichen Druck hin den Frauen diese neuen Perspektiven eröffnet werden.

Längst stellen Frauen im Grenzschutz und bei der Polizei erfolgreich ihre Kompetenzen unter Beweis. Auch der Blick über die Grenzen zeigt: In anderen Ländern ist der Dienst von Frauen an der Waffe nichts Ungewöhnliches.

Auch in Zukunft darf es aber nur um den freiwilligen Dienst an der Waffe gehen. Eine Wehr- und Dienstpflicht von Frauen lehnt die Frauen-Union ab. Es darf nicht sein, dass Frauen noch mehr Pflichten aufgebürdet bekommen. Frauen leisten den Löwenanteil an sozialer Arbeit. 80 Prozent der unentgeltlichen ehrenamtlichen Arbeit wird von Frauen geleistet. Frauen tragen die Hauptverantwortung für Kindererziehung und Pflege. Der Anteil der Väter, die Erziehungsurlaub nehmen, liegt nach wie vor nur bei zwei Prozent.

entwickelt werden. Diejenigen, die komplizierte Arbeitsabläufe erlernen, sollten länger bei der Bundeswehr bleiben als jene, die vergleichbar einfache Tätigkeiten durchführen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass derjenige, der mehr leistet, auch mehr dafür bekommt. Neben mehr Geld kommen hier nach Ableistung eines längeren Wehrdienstes eine staatliche Unterstützung bei der Suche des Arbeitsplatzes, beim Studium sowie dem Eintritt ins spätere Berufsleben in Frage.

Ich fordere Bundesverteidigungsminister Scharping auf, die Weiterentwicklung der Allgemeinen Wehrpflicht mutiger als bisher – auch gegen Widerstände in der eigenen Koalition – voranzutreiben. Seine bisherigen Entscheidungen, vor allem seine Äußerungen nach dem Urteil des EuGH, erwecken den Eindruck mangelnder Entscheidungskraft. Scharping geht das Thema quasi „in Filzpantoffeln“ an.

Vor allem muss Scharping energischer als bisher den absurden Gedanken der grünen Koalitionspartnerin Beer entgegentreten, die in ideologischer Verblendung die Allgemeine Wehrpflicht abschaffen will. Beer sieht die Allgemeine Wehrpflicht nur als Zwang an und nicht in der Balance zwischen Freiheit und Verantwortung in der Demokratie. Die Äußerungen Beers nach dem Urteil des EuGH zeigen, dass es ihr nur darum geht. Die Öffnung der Bundeswehr für den freiwilligen Dienst von Frauen ist für Beer demgegenüber nachrangig. Sie betrachtet sie lediglich als Hebel gegen die Allgemeine Wehrpflicht in der Zielsetzung einer erheblichen Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr.

Für Gespräche über die Weiterentwicklung der Wehrpflicht ist die CDU/CSU jederzeit bereit. Schwarz-Weiß-Diskussionen helfen hier nicht weiter. ■

NRW

Selbsthypnose

Die apokalyptischen Reiter, die Franz Müntefering nach der verpatzten Kommunalwahl an Rhein und Ruhr im Herbst an die Wand malte, haben sich verflüchtigt. Statt selbstkritischer Besinnung, die damals angesagt zu sein schien, stellen die Partei und ihr regierender Spitzenkandidat Clement 120 Tage vor der Landtagswahl robuste Siegeszuversicht zur Schau. Weil die Selbsthypnose so ansteckend wirkte, mochte auf dem Parteitag in Essen niemand aussprechen, dass sich dieses schöne Lebensgefühl zu einem gut Teil aus tätiger Verdrängung speist. Viele Wähler hatten es satt, von einer Partei regiert zu werden, die sich in Jahrzehnten der Alleinherrschaft Städte und Land zu Beute genommen hatte. Wenn es für die Degeneration der SPD zur nordrhein-westfälischen Staatspartei noch einer Bestätigung bedurfte, dann hat die Düsseldorfer Flugaffäre sie nachgeliefert.

Süddeutsche Zeitung

RENTEN

Wer zwei Mal lügt

Die Sache ist ganz einfach – und unendlich kompliziert. Einfach, weil die Fakten klar sind: In dreißig Jahren wird mehr als die Hälfte der Deutschen über

fünfzig Jahre alt sein. Um den Crash des Rentensystems zu verhindern, müssen auch die Rentner von heute verzichten. Deshalb muss Rot-Grün bei dem, eigentlich nur für zwei Jahre avisierten, Verzicht auf eine Rentenerhöhung auf Dauer bleiben. So weit, so klar. Allerdings – und da beginnt der komplizierte Teil – bricht die SPD damit das Versprechen, dass die Aussetzung der Erhöhung nur bis 2002 gelten soll. Und schon diese Aussetzung widersprach den Wahlkampfversprechen der SPD von 1998. Solche Lügen kann sich keine Partei bei der Rente erlauben. Denn dabei ist stets eine elementare Angst im Spiel: die Furcht, im Alter zu verarmen. Und das in einer Gesellschaft, in der es immer mehr Alte geben wird und die trotzdem juvenil bleiben will. Die SPD ist nun Gefangene der eigenen Versprechungen.

Tagesspiegel

Rhetorik

Die SPD kann es nicht lassen. Zum wiederholten Mal erweckte der sozialdemokratische Arbeitsminister den Eindruck, als seien die mageren Jahre der Rentner bald vorbei. 2002, so versicherte Walter Riester erneut, würden die Alten wieder an der Lohnentwicklung der arbeitenden Bevölkerung beteiligt. Nach zwei Nullrunden, in denen die

Ruheständler nur die höheren Preise ausgeglichen bekommen, wolle die Regierung zu den „Grundsätzen der Nettolohnbezogenheit“ zurückkehren – ein Versprechen, das erstens auslegungsbedürftig ist, zweitens gegen die anderen Parteien kaum durchsetzbar sein dürfte, und drittens als politische Renten-Rhetorik endlich der Vergangenheit angehören sollte.

Berliner Zeitung

BAFÖG-REFORM

Lüge

Da stricken SPD-Bildungspolitiker jahrelang an einem neuem Konzept für das BAFÖG, ringen um seine Finanzierung, vertrösten die Studenten – und dann wischt Gerhard Schröder die gesamte Arbeit mit forscher Handbewegung vom Tisch. Zurück bleiben Scherben, die nun so manche Familie auflösen muss. Eine Reform des BAFÖG ist überfällig; die Zahl der geförderten Studenten sackte von einst 30 Prozent auf nur noch 14 Prozent ab. Eine schlichte Anhebung der Fördergrenzen war und ist nicht zu bezahlen. Reformideen von Union und FDP aber blockierte die SPD in der letzten Legislaturperiode im Bundesrat. Wieder ein verlorenes Jahr und das zweite gebrochene Wahlversprechen an Studenten.

Rheinische Post

Transrapid muss auf die Spur kommen

Anlässlich der Äusserungen des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, und des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Rezzo Schlauch, zum Transrapid erklärten die Stv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der Berichtsersteller für den Transrapid, Georg Brunnhuber:

Die Bedenken des DB-Vorstandsvorsitzenden zur Realisierung des Transrapid zwischen Hamburg und Berlin sind nicht plausibel. Das Transrapid-Projekt auf dieser Strecke kann wirtschaftlich betrieben werden. Nach Abschluss der Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren steht einer zügigen Realisierung nichts mehr im Wege. Herr Mehdorn müsste auch wissen, dass auch ein ICE-Ausbau der Strecke Geld kostet, und zwar kaum weniger als die Realisierung des Transrapid.

Tatsache ist, dass die Fahrwegkosten des Transrapid zwischen Hamburg und Berlin im Vergleich zu ICE-Neubaustrecken sogar erheblich günstiger liegen. Während für die Transrapidverbindung Hamburg-Berlin Kilometerkosten von rund 21 Mio. DM/km bei einspuriger und rund 29 Mio. DM/km bei zweispuriger Ausführung anfallen, betragen sie bei den ICE-Strecken Hannover – Berlin 34 Mio. DM/km, Hannover – Würzburg 36 Mio. DM/km,

Mannheim – Stuttgart 42 Mio. DM/km und Köln – Frankfurt 47 Mio. DM/km.

Die Vorarbeiten für den Transrapid sind dank des Engagements der früheren Bundesregierung längst erledigt. Wir fordern alle Beteiligten, insbesondere die Bundesregierung, auf, jetzt konsequent alle notwendigen weiteren Schritte zu unternehmen.

- damit der Transrapid wie geplant im Jahr 2005 in Betrieb gehen kann und so
- die beiden größten deutschen Städte Berlin und Hamburg auf dem Landweg in einer Zeit von einer Stunde miteinander verbunden werden,
- innovative deutsche Technologie demonstriert werden kann – nicht zuletzt auch im Rahmen der EXPO 2000,
- das Ansehen des Industriestandorts Deutschland durch die Anwendung der Transrapid-Technologie weltweit steigt,
- Tausende mit dem Transrapid verbundene Arbeitsplätze in Deutschland gesichert und weitere geschaffen werden.

Dass Rezzo Schlauch eifertig Grabesgesänge für den Transrapid anstimmt, ist nicht das erste Mal und erstaunt kaum. Die Gründen sollten aber endlich aufhören, aus reiner Ideologie immer wieder nach neuen Gründen zu suchen, die längst überfällige Entscheidung zu verzögern. Das „Herum-eiern“ in der rot-grünen Koalition muss endlich ein Ende haben. Der Transrapid muss auf die Spur kommen.

Englisch hat Deutsch als Wissenschaftssprache verdrängt

„Sowohl in den Natur-, als auch in Geistes- und Sozialwissenschaften ist verstärkt festzustellen, dass Deutsch und andere europäische Kultursprachen vom Englischen zurückgedrängt werden“, sagte Prof. Franz Gustav Kollmann von der Technischen Universität Darmstadt. Sogar in Germanistik legten viele junge Akademiker ihre Habilitationsschriften auf Englisch vor.

Vernichtende Bilanz rot-grüner Agrarpolitik

Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche 2000 in Berlin erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Die Grüne Woche ist eine einzigartige Schau der deutschen und internationalen Land- und Ernährungswirtschaft. Die Bundesländer verstehen es immer wieder, ihre vielfältigen regionalen Spezialitäten mit viel Fantasie optisch und informativ darzustellen. Viele Verbraucher können sich zum ersten Mal persönlich mit den vielfältigen Leistungen unserer Landwirtschaft vertraut machen und lernen sie auch zu schätzen. Sie wissen aber nichts von den schweren Belastungen und Sorgen, welche die verfehlte rot-grüne Agrarpolitik den deutschen Landwirten gebracht hat.

Die schlechten Verhandlungsergebnisse der Agenda 2000 brachten Einkommenseinbußen für die Landwirte in Europa. Für unsere Landwirte bedeuten sie ein Minus von 1,5 Mrd. DM. Statt mit nationalen Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft – wie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt – zu stärken, hat die Bundesregierung diese im europäischen und internationalen Vergleich durch ihre landwirtschaftsfeindliche Politik bewusst einseitig geschwächt. Schon die 1999 getroffenen steuer- und finanzpolitischen Beschlüsse bedeuten 3,8 Mrd. DM Einkommensverluste zusätzlich zu den Agenda-Auswirkungen. Unter dem Strich bedeutet dies ein Minus von 25 %, d. h. der Wegfall von drei Monatseinkommen.

Auch bei der geplanten Unternehmenssteuerreform steht die Landwirtschaft wieder als Verlierer da, weil 99 % der land-

wirtschaftlichen Betriebe nicht in der dafür notwendigen Form der Kapitalgesellschaft betrieben werden. Statt einer Entlastung bringt diese Reform eine Belastung in Höhe von 500 Mio. DM.

Wenn die in Berlin präsentierte Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft erhalten werden soll, müssen dringend folgende Forderungen von CDU/CSU umgesetzt werden:

- Damit die Landwirtschaft aus der Ökosteuer ausgeklinkt wird, muss ihr das Tanzen von Heizöl gestattet werden. Die jetzige Regelung bei der Gasölbeihilfe und die zweite Stufe der Ökosteuerreform führen dazu, dass die deutschen Landwirte bis zu viermal mehr für einen Liter Diesel bezahlen müssen als ihre europäischen Kollegen.

- Falls die Bundesregierung diesen Schritt verweigert, müssen die Einnahmen aus der sog. Ökosteuer in Höhe von 1 Mrd. DM aus dem Bereich der Landwirtschaft in das agrarsoziale System eingespeist werden. Dadurch könnten die unverhältnismäßigen Beitragserhöhungen bei der Alters- und Unfallversicherung von bis zu 100 % verhindert werden. Unabhängig davon bedarf das agrarsoziale System auch in Zukunft für dessen Sicherung ausreichender staatlicher Zuschüsse. Bei der Neuorganisation der landwirtschaftlichen Versicherungsträger muss das Prinzip Wettbewerb statt Zentralismus gelten. Die Zentralisierung der Verwaltung würde nur mehr Kosten verursachen und keinerlei Vorteile bringen.

- Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) müssen auf die Landwirtschaft konzentriert werden. Bei

Gegen leichtfertigen Umgang mit der „Pille danach“

Zu den Äußerungen aus den Reihen der Regierungskoalition, die „Pille danach“ an den Schulen auszugeben, „so wie früher der kassenärztliche Dienst in die Klassen kam“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion Hannelore Rönsch:

Ich halte den gegenüber der BILD-Zeitung gemachten Vorschlag aus den Reihen der Regierungskoalition, die „Pille danach“ an Schulen auszugeben und eine ärztliche Beratung dazu anzubieten – „so wie früher der zahnärztliche Dienst in die Klassen kam“ – für eine höchst leichtfertige Äußerung zu einem sehr sensiblen Thema.

Zum einen wird der Gebrauch eines Mittels als völlig normal dargestellt, das über die Verhütung hinaus einen Schritt in Richtung Schwangerschaftsabbruch tut. Ich halte dies vor allem im Hinblick auf den mühsam erreichten Kompromiss um die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch für

untragbar. Ein entsprechendes Vorgehen birgt die große Gefahr in sich, dass der Stellenwert des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewusstsein herabgesetzt wird.

Zum anderen wird auch übersehen, dass sich junge Frauen hier in persönlichen Problemsituationen befinden. Über den Einsatz der „Pille danach“ sollte nach wie vor im Einzelfall und nach konkreter Beratung durch einen Arzt entschieden werden. Junge Frauen dürfen in diesen Problemsituationen nicht mit sich und der Pille alleingelassen werden.

Außerdem stellt die Regierungskoalition den jungen Menschen und denen, die ihnen Sexuaufklärung nahe bringen sollen, ein schlechtes Zeugnis aus. SPD und Grüne sollten lieber bei der Linie bleiben, dass jungen Menschen vorrangig geholfen wird, verantwortlich mit Sexualität und Verhütung umzugehen.

einer weiteren Ausuferung der landwirtschafts-fremden Fördertatbestände sowie gleichzeitiger Kürzung der Mittel stellt sich das Bundeslandwirtschaftsministerium selbst in Frage.

- Bei der Steuergesetzgebung muss die Landwirtschaft entsprechend der übrigen Wirtschaft entlastet werden. Die einseitigen Sonderbelastungen müssen gestrichen werden. Die willkürliche Absenkung der Vorsteuerpauschale muss rückgängig gemacht werden.

- Die anstehenden WTO-Verhandlungen müssen konsequent im Sinne der Zielsetzung der EU-Kommission, nämlich der Er-

haltung einer multifunktionalen Landwirtschaft und der Festschreibung der hohen europäischen Verbraucher-, Tier- und Umweltschutzstandards, fortgesetzt werden.

Wir haben in Deutschland hervorragend ausgebildete Landwirte mit unternehmerischen Führungsqualitäten. Aber was nützt das, wenn Rot-Grün den Landwirten mit kalter Arroganz und einseitigen Belastungen den Boden unter den Füßen wegzieht. Bei entsprechenden Signalen würden auch unsere Landwirte wieder Mut fassen. Am Beginn eines neuen Jahrhunderts ist aber die Stimmung auf den Höfen so schlecht wie nie zuvor. ■

Prof. Dr. Carl Otto Lenz

Zur Reform der Europäischen Union

Der Europäische Rat in Köln vom 3. und 4. Juni 1999 hat sich mit einer Frage der Grundrechte in der EU, der Funktionsweise der Institutionen, einer Regierungskonferenz zu den institutionellen Fragen, mit der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und mit dem Erweiterungsprozess beschäftigt.

Die geplante und mit den Beschlüssen des Europäischen Rates von Helsinki erneut bekräftigte Erweiterung der Gemeinschaft und erst recht ihre mögliche Ausdehnung auf alle europäischen Länder stellt die Arbeitsfähigkeit der Institutionen, die einst für die Gemeinschaft von sechs Mitgliedern entworfen worden sind, auf eine schwere Belastungsprobe.

Um die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Gemeinschaft zu erhalten, ist eine umfassende Reform der Organe der Europäischen Union jetzt notwendig, bevor weitere Erweiterungen sie noch mehr erschweren. Entgegen den Empfehlungen des Europäischen Rates in Köln sollte sich die Arbeit der Regierungskonferenz nicht auf die Lösung der vom Amsterdamer Vertrag noch unregulierten institutionellen Fragen beschränken, sondern mit Blick auf die zu erwartenden Erweiterungen der Europäischen Union weitergehende Reformüberlegungen anstellen.

Nur so kann sich die institutionelle Struktur der Europäischen Union auch weiterhin bewähren. Im Hinblick auf die bevorstehende Regierungskonferenz, die nach dem Willen des Europäischen Rates bis

zum Jahresende 2000 abgeschlossen werden soll, legt die Fachkommission folgende Vorschläge vor:

■ Zur Kommission

Die Verträge weisen der Kommission als Kollegium eine überragende Rolle als Exekutive und Kontrollinstanz, aber auch als Initiatorin der Gesetzgebung zu. In Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament wendet sich die Fachkommission entschieden gegen jeden Versuch, das alleinige Initiativrecht der Kommission im Rahmen des ersten Pfeilers auf der Regierungskonferenz in Frage zu stellen. Die Kommission kann mit Hilfe des Fachverbandes ihrer Dienststellen die Ausgangslage in allen Mitgliedsstaaten am besten überblicken und lässt sich bei ihren Entschlüssen wegen ihrer vertraglich verbrieften Unabhängigkeit vom allgemeinen Wohl der Gemeinschaft leiten. Eine Obergrenze für die Zahl der Kommissionsmitglieder empfiehlt sich derzeit nicht.

Nach den derzeitigen Bestimmungen fasst die Kommission ihre Beschlüsse mit der Mehrheit ihrer Mitglieder. Um zu verhindern, dass hinter den Beschlüssen der Kommission auch bei einer Mehrzahl von Kommissionsmitgliedern aus Mitgliedsstaaten mit geringerer Bevölkerungszahl nur eine kleine Minderheit der betroffenen Bevölkerung steht, sollte die Kommission ihre Beschlüsse mit einer qualifizierten Mehrheit fassen.

Dem Präsidenten kommt eine Führungsrolle in der Kommission zu. Deshalb müssen

seine Befugnisse, die Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit der Kommission zu gewährleisten, gestärkt werden. Dieser Weg ist schon im Vertrag von Maastricht beschritten und im Vertrag von Amsterdam fortgesetzt worden. Er sollte weiter gegangen werden. Der Präsident sollte deshalb über folgende Kompetenzen verfügen:

- die Mitentscheidung bei der Benennung der Kommission
- die Zuständigkeit für die Verteilung der Aufgaben unter den Kommissionsmitgliedern und die Organisation der Dienststellen einschließlich der Befugnis, einem Mitglied der Kommission die ihm übertragenen Aufgaben wieder zu entziehen und erforderlichenfalls seine Entlassung vorzuschlagen.
- das Vorschlagsrecht für die Ernennung der Beamten im Range von Generaldirektoren und Direktoren, um eine qualifizierte Besetzung dieser Ämter zu gewährleisten.
- die Befugnis, für die Kohärenz der Politiken und das äußere Auftreten der Kommission zu sorgen.

Diese weitgehenden Befugnisse erfordern eine stärkere demokratische Legitimation. Deswegen sollte der Präsident vom Parlament gewählt und anschließend vom Europäischen Rat mit der Mehrheit seiner Mitglieder bestätigt werden.

■ Zum Rat

In Zukunft sollte für einen Gesetzesbeschluss eine qualifizierte Mehrheit der Kommission, der Mitglieder des Parlaments und eine Mehrheit der Mitglieder des Rates, die die Mehrheit der Unionsbürger repräsentiert, ausreichen, um einem Vorschlag der Kommission zur Annahme zu verhelfen (Beschlussmehrheit).

Sollte ein im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens geänderter Vorschlag der geänderten Form die Zustimmung der Kom-

mission nicht mehr finden, so sollte anstatt der Einstimmigkeit eine qualifizierte Mehrheit des Rates für die Annahme des geänderten Textes ausreichend sein (Überstimmungsmehrheit).

Außerdem sollte die in den Verträgen von Paris und Rom vorgesehene Überrepräsentation der Mitgliedstaaten mit geringerer Bevölkerungszahl reduziert und durch eine mehr an der Bevölkerungszahl orientierten Vertretung ersetzt werden.

■ Zum Parlament

- Beim einheitlichen Wahlverfahren zum Europäischen Parlament nach Art. 190 Abs. 4 EG-Vertrag ist die Persönlichkeitskomponente einzufügen; eine entsprechende Reform des Wahlrechts ist überfällig. Ferner ist eine größere Stimmrechtsgleichheit anzustreben.
- Die legislative Rolle des Parlaments ist durch eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens weiterzuentwickeln.
- Insbesondere in den Bereichen Agrar-, Wettbewerbs- und Handelspolitik sollte das Europäische Parlament im Verhältnis zum Rat das Mitentscheidungsrecht erhalten. Dabei sollte sich die gemeinsame Handelspolitik auf die gesamte Außenwirtschaftspolitik unter Einbeziehung des Art. 26 EG-Vertrag erstrecken.
- Außerdem sollten Vertragsänderungen nur mit der Zustimmung des Parlaments möglich sein.
- Die Untersuchungsausschüsse des Europäischen Parlaments müssen auch gegenüber den Regierungen der Mitgliedstaaten über die erforderlichen Befugnisse verfügen, um dessen Kontrollaufgabe bezüglich der Verwendung von Gemeinschaftsmitteln und der Durchführung von Gemeinschaftsrecht erfüllen zu können.

■ Europa der mehreren Geschwindigkeiten (Flexibilität)

Eine schnellere Verwirklichung der Vertragsziele sollte ohne Vetorecht eines einzelnen Mitgliedstaates, jedoch unter gebührender Berücksichtigung der Interessen von Nichtteilnehmerstaaten eingeleitet werden können. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sollte in das Feld der engeren Zusammenarbeit einbezogen werden. Der Prozess sollte allen Mitgliedstaaten, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, offen stehen. Dabei sollte weiterhin der Grundsatz gelten, dass die engere Zusammenarbeit ein Mittel ist, um auf den Erfolgen der Union aufzubauen und diese zu verstärken, nicht aber um die Bande zwischen den Mitgliedstaaten zu lockern.

■ Eine Charta der Grundrechte der EU

Der auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Tampere vom 15. und 16. Oktober 1999 gefasste Beschluss, ein Gremium zur Ausarbeitung des Entwurfs einer EU-Charta der Grundrechte einzusetzen, wird begrüßt. Die Fachkommission wird im kommenden Jahr hierzu Vorschläge unterbreiten. Die Beratungen sollten in diesem Gremium und nicht in den Regierungsverhandlungen stattfinden.

■ Zur Neugestaltung der Vertragstexte

Die Fachkommission begrüßt den Vorschlag, die vorhandenen Vertragstexte in zwei Teile aufzuspalten. Der grundlegende Vertrag würde nur die Ziele, die Grundsätze und die allgemeinen politischen Leitlinien, die Bürgerrechte und den institutionellen Rahmen enthalten. Dazu gehört der Grundsatz des Binnenmarktes mit gemeinsamer Währung, einem gemeinsamen Außenzoll und einer gemeinsamen Han-

delspolitik sowie der Freizügigkeit und ein System, das den Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes vor Verfälschungen schützt. Zu den Bürgerrechten gehören die Unionsbürgerschaft und die Gleichstellung von Männern und Frauen im Anwendungsreich des Vertrages. Diese Vorschriften könnten, wie es auch jetzt der Fall ist, nur einstimmig durch eine Regierungskonferenz geändert und anschließend von jedem Mitgliedstaat ratifiziert werden. Vermutlich wären derartige Änderungen eher selten.

Die Vorschriften über die gemeinsamen Politiken würden in einem oder mehreren anderen Teilen des Vertrages zusammengefasst. Sie könnten durch Beschluss des Rates, der einstimmig oder unter Ausscheidung des Vetos eines einzelnen Mitgliedstaates gefasst werden könnte, und mit Zustimmung des Europäischen Parlaments, ggf. mit qualifizierter Mehrheit geändert werden, während eine Zustimmung der nationalen Parlamente nicht erforderlich wäre.

■ Auftrag an die EU-Kommission

Die vorstehenden Aufgaben, zu denen noch die institutionellen Vorkehrungen für eine handlungsfähige Union auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik gehören, müssen in ein in sich geschlossenes Reformpaket einmünden. Innerhalb des institutionellen Gefüges der Europäischen Union ist die Kommission am besten geeignet, dafür rechtzeitig einen Vorschlag vorzulegen. Sie sollte sich dabei unter anderem auf die Vorarbeiten des Europäischen Parlaments, der Gruppe Dehaene, von Weizsäcker, Simon und ihren eigenen Beitrag zur Vorbereitung der Regierungskonferenz stützen.

Prof. Dr. Carl Otto Lenz ist Vorsitzender der Fachkommission Europa des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen und Generalanwalt a. D. am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

Rechtsmittelreform der Ministerin ist bürgerfern und schädlich

Zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz für ein „Zivilprozessreformgesetz“ erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Der von der Bundesjustizministerin vorgelegte Referentenentwurf eines Zivilprozessreformgesetzes führt zu Bürgerferne, bereitet den Rückzug der Justiz aus der Fläche vor, birgt die Gefahr der Willkürlichkeit bei der Annahme von Berufungen gegen erstinstanzliche Urteile und ist insgesamt überflüssig.

Rund 93% der Verfahren vor den Amtsgerichten und ca. 84% der erstinstanzlichen Verfahren vor den Landgerichten werden dort rechtskräftig entschieden, und dies in einer in aller Regel vor allem im europäischen Vergleich kurzen Frist.

Die Zahl der Berufungen kann also nicht Anlass für eine Erosion dieses Rechtsmittels sein.

Umfassende Prüfung nötig

Andererseits führen aber 48% der gegen Urteile der Amtsgerichte bzw. 40% der gegen erstinstanzliche Urteile der Landgerichte eingelegten Berufungen zu einer Abänderung oder gar Aufhebung des Urteils. Dies zeigt, dass das Instrument der Berufung nicht nur zielgerichtet eingesetzt wird, sondern dass die umfassende Prüfung des gesamten Prozessstoffes in der zweiten Instanz sehr wohl ihre Berechtigung hat.

Die beabsichtigte Beschränkung der Berufung durch die Schwelle der Annahme durch das Berufungsgericht führt nach den Erfahrungen mit dem BHG und den Oberverwaltungsgerichten dazu, dass die Berufungsgerichte ihre Geschäftsbelastung selber steuern können. Die darüber hinaus beabsichtigte Verengung des Prüfungsumfanges führt zu einem Verlust an materieller Gerechtigkeit. Beide Instrumente kumulieren in ihrer Wirkung und müssen zu einem Schwund des Vertrauens in die Rechtsprechung führen.

Die Bestimmung der Oberlandesgerichte als Berufungsgerichte für alle Berufungen führen zu einem Rückzug der Justiz aus der Fläche und treffen besonders die Bürger in den Flächenländern, denen dann Tagesreisen zu Beweisaufnahmen im Berufungsverfahren zugemutet werden. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die Landgerichte die Berufungen gegen Urteile der Amtsgerichte bislang mangelhaft bewältigt hätten.

Dieses Vorhaben dient allein dazu, über die prozessrechtlichen Regelungen die Umstülpung des Gerichtsaufbaus zu Dreigliedrigkeit hin vorzubereiten, sie gleichsam als zwingende Folge erscheinen zu lassen.

Insgesamt führt der Entwurf weder zu mehr Gerechtigkeit noch gar zu schnelleren Entscheidungen, zumal es eher die Oberlandesgerichte sind, die man zu den langsameren Gerichten zählen muss.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Gemeinsam der Jugendgewalt entgegentreten

In dem vergangenen Wochen wurden vermehrt Fälle bekannt, bei denen Jugendliche in der Schule oder im privaten Umfeld extreme Gewalt ausübten. Mehrfach kamen dabei Menschen durch den Einsatz von Schusswaffen ums Leben.

Solche spektakulären Ereignisse verdecken jedoch häufig die Tatsache, dass auch die alltägliche Kinder- und Jugendgewalt bundesweit steigende Zahlen aufweist. Diese beginnt mit zunehmenden Gewaltdelikten an Schulen und endet in der Tatsache, dass fast ein Drittel der Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt ist.

Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Schüler Union (SU) Deutschlands und Mitglied im CDU-Bundesvorstand, fordert daher eine gemeinsame Initiative von bundespolitischen Institutionen und öffentlichen Einrichtungen, die sich mit dem Problem der Jugendgewalt übergreifend auseinandersetzt. Mißfelder: „Nach jeder veröffentlichten Statistik oder geschehenen Bluttat herrscht eine allgemeine Übereinstimmung, dass in der Jugendpolitik dringender Handlungsbedarf besteht – nach kurzer Zeit verstummen diese Stimmen jedoch wieder.“

Der SU-Bundesvorsitzende verlangt daher konkrete Maßnahmen, ohne die Betroffenen oberflächlich als „kleine Monster“ abzustempeln. Als Diskussionsanregung stellte er dazu fünf Forderungen auf:

1. Der Umgang mit Erfolg und Misserfolg muss frühzeitig erlernt werden. Es ist falsch, Grundschüler vor diesen Erfahrungen schützen zu wollen, indem die Einführung von Schulnoten vom dritten Schuljahr nach hinten verlegt werden

soll, wie von einigen Bildungspolitikern gefordert wird.

2. Auffälligkeiten im Jugendalter muss frühzeitig entgegentreten werden. Es ist fatal, dass fast die Hälfte aller Verfahren gegen kriminell gewordene Jugendliche eingestellt wird, da sich aufgrund des Deliktes ein Verfahren nicht lohnt. Somit wird den Jugendlichen vermittelt, ihr Verhalten sei folgenlos und nicht verwerflich – der Beginn einer gefährlichen Spirale, da seitens des Staates keine Grenzen gesetzt werden.

3. Die Schule ist keine Erziehungsanstalt. Was früher Aufgabe der Familie und ihres Umfeldes war, wird heute vermehrt von der Schule verlangt: Erziehung sowie die Vermittlung von Werten und gesellschaftlichen Grundregeln. Die Schule kann jedoch nicht auf etwas aufbauen, wo gar kein Fundament, d.h. kein Wertegerüst, vorhanden ist. Die Rolle der Familie muss folglich wieder in den Vordergrund gerückt werden.

4. Lehrern muss ein Handlungsspielraum gelassen werden. Nicht mehr Strenge oder Disziplinierung steht hier im Vordergrund, sondern die Tatsache, dass Lehrer heute in ihren Mitteln und Maßnahmen dermaßen beschränkt sind, dass bei Problemfällen eine notwendige Reaktion nicht möglich ist. Leidtragende sind letztendlich die Schüler, die in extremen Fällen nur noch aus der Klasse oder aus der Schule verwiesen werden können, weil der Entstehung des Konfliktes nicht entgegentreten werden konnte.

Pflegeversicherung gerät zunehmend in ernste Gefahr

Zu Fragen der Pflegeversicherung erklärte der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulf Fink:

So sind die jetzt vom Bundesversicherungsamt vorgenommenen Berechnungen, wonach im vergangenen Jahr die 444 Pflegekassen erstmals mehr Geld ausgegeben als eingenommen haben, alarmierend. Eine Entwicklung freilich, vor der die CDU/CSU-Fraktion bereits im September eingehend gewarnt hatte.

Die letzte Bundesregierung unter der Führung der Union hat ein Finanzpolster für die Pflegeversicherung in Höhe von 9,5 Milliarden Mark geschaffen. Bis zum Regierungswechsel war es gelungen, dieses Polster auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht anzugreifen.

Der jetzigen Bundesregierung ist es gelungen, in kürzester Zeit die Überschüsse in Defizite zu verwandeln. Dies ist nicht nur eine Folge der zunehmenden Zahl von Pflegefällen, sondern auch eine Konsequenz der Politik der Bundes-

regierung. Durch das Eichelsche Sparpaket werden der Pflegeversicherung jährlich mindestens 400 Mio. DM an Einnahmen entzogen (der Bund zahlt für Arbeitslosenhilfeempfänger nicht mehr Pflegeversicherungsbeiträge auf der Grundlage von 80 Prozent des früheren Bruttoentgelts, sondern auf der Grundlage des niedrigeren Zahlbetrags der Arbeitslosenhilfe).

Völlig offen ist, wie die Bundesregierung aufgrund dieser Finanzentwicklung ihre Zusage einlösen wird, für die Altersverwirrten Leistungsverbesserungen vorzunehmen.

Genauso offen ist, wie die Bundesregierung die Frage beantwortet, ob und wann die seit 1995 unveränderten Leistungen der Pflegeversicherung angepasst werden sollen.

Die Bundesregierung ist dringend aufgefordert, sich nunmehr klar zur Zukunft der Pflegeversicherung zu äußern und den Versuch aufzugeben, mit geschönten Zahlen die vorhandenen Probleme abzuwiegeln.

5. Der Unterricht muss stärker auf Medieneinflüsse eingehen. In einer immer stärker von den Medien geprägten Gesellschaft nehmen deren Einflüsse auf Kinder und Jugendliche deutlich zu. Was fehlt, ist eine echte Verarbeitung des Erlebten aus Fernsehen, Videofilmen und Computerspielen. Ob dies in Form eines Schulfaches „Medienerziehung“ geschehen soll, muss noch diskutiert werden. Fest steht jedoch, dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Für Fragen und eigene Beiträge zum Thema Jugendgewalt können Sie an die Bundesgeschäftsstelle der Schüler Union schreiben:

**Inselstrasse 1b
10179 Berlin
Telefon 0 30/27 87 87-0
Telefax 0 30/27 87 87-20**

Über die Rathaustreppen zu neuen Mehrheiten

1999 waren in neun der 16 Bundesländer über 35 Millionen der ca. 60,7 Mio. Wahlberechtigten in Deutschland zur Wahl ihrer Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage aufgerufen. Dazu kam eine Vielzahl von direkten Bürgermeister- und Landratswahlen insbesondere erstmals und flächendeckend in Nordrhein-Westfalen, aber auch in vielen Städten und Kreisen anderer Bundesländern. Man kann also 1999 ohne Übertreibung als Kommunalwahljahr bezeichnen.

Dieses Kommunalwahljahr 1999 hat die politische Landschaft in Deutschland grundlegend verändert, und zwar mindestens so tiefgreifend wie die gewandelten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat im Gefolge der neuen Regierungsmehrheiten nach den Wahlerfolgen der CDU bei den Landtagswahlen in Hessen, dem Saarland, Thüringen und Brandenburg. Wenn es stimmt, daß der Weg zur Regierungsmacht im Bund über die Rathäuser führt, wie es die Strategen aller Parteien immer wieder

propagieren, dann ist die Union im Kommunalwahljahr 1999 der Rückeroberung des Kanzleramtes einen wichtigen Schritt näher gekommen.

Zwar hat die CDU sicherlich von der bewussten Wahlenthaltung vieler sozialdemokratischer Stammwähler und der so

Das Kommunalwahljahr 1999

deutlich reduzierten Wahlbeteiligung profitiert, aber dies ändert nichts am eindeutigen Ausgang aller kommunalen Wahlgänge im Jahr 1999 (Tabelle 1).

Hinter diesen landesweiten Zahlen verbergen sich tektonische Verschiebungen in der kommunalen Landschaft:

1. Von den zwölf deutschen Metropolen mit mehr als 500.000 Einwohnern verlor die SPD 1999 drei an die CDU (Köln, Essen und Düsseldorf). Jeweils sechs werden jetzt von Oberbürgermeistern der CDU und der SPD regiert. Auch bei den

Tabelle 1: Kommunalwahlergebnisse 1999 im Vergleich zu den jeweils letzten Kommunalwahlen (in Prozent)

Wahldatum	Bundesland	Wahlbeteiligung	CDU	SPD
13. Juni 1999	Mecklenburg-Vorpommern	50,6 (-15,1)	39,9 (+9,3)	24,0 (-1,6)
13. Juni 1999	Saarland	59,2 (-14,7)	46,1 (+8,7)	43,1 (-1,3)
13. Juni 1999	Rheinland-Pfalz	62,8 (-11,9)	46,0 (+6,6)	36,1 (-2,4)
13. Juni 1999	Sachsen-Anhalt	49,5 (-16,7)	37,8 (+6,6)	27,8 (-2,0)
13. Juni 1999	Sachsen	53,8 (-13,1)	44,5 (+5,9)	18,7 (-2,3)
13. Juni 1999	Thüringen	58,1 (-14,2)	42,4 (+5,4)	24,4 (-1,7)
12. Sep. 1999	Nordrhein-Westfalen	55,0 (-26,7)	50,3 (+10)	33,9 (-8,4)
10. Okt. 1999	Berlin (Bezirkswahlen)	64,5 (-3,1)	40,0 (+ 4,0)	23,9 (-2,4)
24. Okt. 1999	Baden-Württemberg			
	Kreistagswahlen	52,9 (-13,8)	34,2 (+3,9)	19,8 (-2,3)
	Gemeinderatswahl	54,2 (-13,1)	40,4 (+4,8)	21,0 (-2,2)

Millionenstädten herrscht Patt zwischen CDU (Berlin und Köln) und SPD (München und Hamburg). Nur noch in vier der zwölf größten deutschen Städte ist die SPD stärkste Ratspartei.

2. Nicht nur in den Metropolen, sondern insgesamt hat die SPD ihre Stellung als Großstadtpartei verloren. In 40 der 74 deutschen Städte mit zwischen 100.000 und 500.000 Einwohnern stellt die Union nun das Stadtoberhaupt, die SPD nur noch in 30 (2 FDP, 2 Unabhängige). Noch deutlicher sieht es bei den Ratsmehrheiten aus: In den großen Städten verfügt die SPD nur noch in Kiel über die absolute Ratsmehrheit, die Union regiert alleine in den Räten von Bonn, Münster, Krefeld, Neuss, Paderborn, Regensburg, Ingolstadt, Koblenz, Bergisch-Gladbach und Kaiserslautern. In weiteren 48 großen Städten ist die Union stärkste Partei im Rat, die SPD ist das nur noch in 19 Städten. Die PDS ist in Rostock stärkste Kraft.

3. Auch im ländlichen Raum hat die SPD nur noch eine schwache Basis, 206 der 323 deutschen Landräte gehören der Union an, nur noch 91 der SPD. CDU und CSU stellen 52 Mal absolute Mehrheiten in Kreistagen, die SPD sieben Mal. Stärkste Partei ist die Union in 215 Kreistagen, die SPD nur noch in 54 Kreistagen.

Der Siegeszug der CDU in den größeren Städten begann bereits im März 1999, als Bernhard Deubig in Kaiserslautern völlig überraschend den SPD-Amtsinhaber schon im 1. Wahlgang schlug. Bereits im Monat zuvor war CDU-Oberbürgermeister Georg Lewandowski im traditionell sozialdemokratisch orientierten Kassel mit 60 % der Stimmen wiedergewählt worden.

Im Juli 1999 folgte in der Universitätsstadt Göttingen der ebenfalls völlig überraschende Erfolg des CDU-Bewerbers Jürgen Danielowski mit 52 % gegen den

Tabelle 2: CDU/CSU und SPD in Städten über 100.000 Einwohnern und den Landkreisen

Gebietskörperschaft	CDU/CSU	SPD
12 Großstädte		
über 500.000 Einwohner		
Oberbürgermeister	6	6
Absolute Ratsmehrheit	-	-
Relative Ratsmehrheit (2 x Patt)	6	4
74 Große Städte		
100.000 – 500.000 Einwohner		
Oberbürgermeister	40	30
Absolute Ratsmehrheit	10	1
Relative Ratsmehrheit (5x Patt, 1x PDS)	42	15
323 Landkreise		
Landräte (16 Landräte sind parteilos oder kommen aus freien Wählergruppen; in Baden-Württemberg nicht direkt gewählt.)	206	91
Absolute Kreistagsmehrheit	52	7
Relative Kreistagsmehrheit	215	54
(1 x patt, 4x Mehrheit für andere Parteien)		

Tabelle 3: Kommunale Mandate in den kreisfreien und kreisangehörigen Städten und Kreistagen Nordrhein-Westfalens im Vergleich 1999/1994

	1999	+/- gegenüber 1994
CDU	8568	+ 762
SPD	5294	- 1673
Grüne	924	- 316
FDP	741	+ 392

amtierenden SPD-Oberstadtdirektor. Auch in Flensburg setzte sich der CDU-Kandidat Hermann Stell durch, obwohl die SPD stärkste Ratspartei ist. In Heilbronn gewann dort von der CDU unterstützte parteilose Bewerber Helmut Himmelsbach ebenfalls im 1. Wahlgang.

Bei den erstmaligen direkten Oberbürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen im September 1999 verloren die Sozialdemokraten gleich reihenweise die Chefsessel – auch dort, wo sie das in ihren Hochburgen nicht erwartet hatten. So eroberten Kandidaten der CDU die Rathäuser in Köln (Jacob Blum), Essen (Wolfgang Reiniger), Düsseldorf (Joachim Erwin), Bielefeld (Eberhard David), Gelsenkirchen (Oliver Wittke), Mönchengladbach (Monika Bartsch), Münster (Berthold Tillmann), Krefeld (Dieter Pützhofen), Hagen (Wilfried Horn), Hamm (Thomas Huntsteger-Petermann), Mülheim a. d. Ruhr (Jens Baganz), Le-

verkusen (Paul Hebbel) Neuss (Herbert Napp), Paderborn (Heinz Paus) und Recklinghausen (Wolfgang Pantförder).

Im ganzen Kommunalwahljahr 1999 konnte die SPD diesen Trend nur an wenigen Stellen durchbrechen: In Rüsselsheim mußte die Union einen schmerzlichen Verlust hinnehmen, als die vor sechs Jahren überraschend gewählte Oberbürgermeisterin Otti Geschka nicht wiedergewählt wurde. In Aachen wurde der amtierende SPD-Oberbürgermeister Jürgen Linden gegen den Trend im Amt bestätigen und in Bonn konnte sich die SPD-Amtsinhaberin Bärbel Dieckmann trotz (oder wegen) absoluter CDU-Ratsmehrheit im 2. Wahlgang knapp ins Ziel retten. Erst im 2. Wahlgang verteidigte die SPD mit Gerhard Langemeyer ihr traditionelles Stammrevier Dortmund. Auch ihre Hochburg Mannheim konnte die SPD mit dem amtierenden Oberbürgermeister Gerhard Widder knapp gegen ei-

Tabelle 4: Bürgermeister und Landräte in Nordrhein-Westfalen vor und nach der Kommunalwahl 1999

	SPD : CDU	SPD : CDU
	1994	1999
23 kreisfreie Städte	20 : 3	9 : 14
373 kreisangehörige Städte	135 : 213	68 : 247
31 Landräte	14 : 17	2 : 28

nen sehr jungen CDU-Bewerber im zweiten Wahlgang verteidigen.

Die Niederlagen bei den Wahlen der hauptamtlichen Bürgermeister sind für die Sozialdemokraten schon schmerzlich, weil diese als Verwaltungschefs erheblichen Einfluß auf den kommunalen Alltag haben. Noch tiefer war die SPD aber wohl vom Verlust sehr vieler Ratsmandate getroffen. Hier geht es um die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker, die das Fundament einer Volkspartei bilden. Sie engagieren sich für ihre politische Überzeugung in ihrer Freizeit und werden nicht zuletzt durch die Wahrnehmung kommunaler Mandate motiviert. Verlieren sie diese Mandate bei Wahlniederlagen, geht ihnen oft auch ihr politisches Handlungsfeld und damit die Motivation für ihr ehrenamtliches Engagement verloren.

Deshalb ist der völlige Einbruch der SPD bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im September 1999 nicht nur ein Verlust an politischer Macht auf kommunaler Ebene, sondern trifft die SPD als Partei ins Mark. Die Sozialdemokraten verloren allein bei dieser Wahl über 1600 Rats- und Kreistagsmandate und damit viele von ihnen als Leistungsträger der Arbeit vor Ort. Ein Vergleich der kommunalen Mandatszahlen wirft ein Schlaglicht auch auf die künftige politische Schlagkraft der Parteien im bevölkerungsreichsten Bundesland:

Der politische Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen wird auch deutlich, wenn man die Aufteilung kommunaler Spitzenämter zwischen SPD und CDU bei den

Kommunalwahlen 1994 und 1999 vergleicht (**Tabelle 4**).

Die Union als unbestreitbarer Sieger des Kommunalwahljahres 1999 wird freilich alsbald erfahren, dass solche Wahltriumphe Lust und Last zugleich sind: Gerade in der kommunalen Verantwortung vor Ort erwartet der Bürger Kompetenz und Effizienz. Je größer und stabiler die Mehrheiten sind um so offener und sensibler sollte der Umgang mit dem Wähler sein. Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, wie gerade vor Ort politische Macht gebraucht wird. So hat die CDU vor fünf Jahren ihre traditionellen Hochburgen Bonn, Düsseldorf Münster und Aachen verloren, und hier liegen neben allen bundespolitischen Trends auch die Ursachen für die Niederlagen der SPD in den von ihr lange dominierten Großstädten. Sowohl in der Seriosität personeller Repräsentanz als auch in der Solidität inhaltlicher Arbeit steht die Politik vor Ort unter besonders eindringlicher Beobachtung des Bürgers und der Medien.

Den Sozialdemokraten wird der Verlust kommunaler Macht auch in der Vermittlung ihrer Bundespolitik noch strukturell zu schaffen machen. Die Union andererseits kann sich schon wegen der gestiegenen Verantwortung in den Kommunen und Ländern nicht auf eine einfache Oppositionspolitik zurückziehen. Dort wo sie die Mehrheit hat, wird sie danach gefragt werden, ob und wie sie programmatische Vorstellungen im politischen Alltag umsetzt. Nur wenn dies gelingt, führt die jetzt erklimmene Rathaustreppe auch ans Portal des Kanzleramts.

ANLÄSSLICH der Vorstellung des ersten Kommunalen Wahllexikons in Deutschland (Nr. 12 der Materialien der Arbeit vor Ort) hat die Hauptabteilung Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung die Kommunalwahl-Ergebnisse des Jahres 1999 ausgewertet. – Das Kommunale Wahllexikon kann kostenlos bei Herrn Andreas Stuck bezogen werden: Konrad-Adenauer-Stiftung, Postfach 14 20, 53732 Sankt Augustin, Tel.: 0 22 41/2 46-0.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 1190
53348 RHEINBACH
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Autofahren zu teuer? Fliegen Sie doch! Ihre Sozis

Kurzfristig lieferbar

● **Aufkleber**

Bestell-Nr.: **9643**

Verpackungseinheit: 100 Stück

Preis je 100 Expl.: 15,- DM

Bestellanschrift:

IS-Versandzentrum · Postfach 14 65
59306 Ennigerloh · Fax: 0 25 24/91 13 10
e-mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet.

UiD

2/2000

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-1 11/3 33. **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-123. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.